

Erhebt sich... mehrere Gerichte... „Der Weltgeist“... „Haus Hofgarten“... „Jede Woche Musik“... „Haus Hofgarten“... „Jede Woche Musik“...



Interests- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptredaktion SW 19, Schulstraße 20/21... Einzelnummern: 20 Pfennig... Abonnement: 3 Mark pro Quartal...

Berliner Tageblatt

Nr. 456 Ausgabe für Berlin und Handels-Zeitung 54. Jahrgang Sonnabend, 26. September 1923

Die Zustimmung der Ministerpräsidenten.

Für Annahme der Konferenzeinladung.

Die gestrigen Verhandlungen.

Amlich wird mitgeteilt: In der Versammlung der Staats- und Ministerpräsidenten der Länder in der sich die außenpolitische Aussprache bis in die Nachmittagsstunden erstreckte, erstattete zunächst der Reichsaussenminister einen eingehenden Bericht. Im Laufe der umfassenden Erörterung, in der auch der Reichsfinanzminister mehrfach das Wort ergriff, wurde eine heilige Zustimmung zu dem Entschluß der Reichsregierung festgestellt, die internationale Zusammenkunft in der Schweiz zu beschließen.

Die deutsche Antwort wird am Sonnabend überreicht werden. Als Form wird die Note gewählt, nicht, wie gelegentlich behauptet wurde, eine einfache mündliche Mitteilung der Vorkonferenz. Es steht noch nach wie vor dahin, ob Deutschland konkrete Vorschläge über den Tagungsort im Rahmen der Note machen wird. Auch die Wahl Luzerns steht noch nicht endgültig fest. Eine gewisse Wahrscheinlichkeit gewinnt die Wahl Luzerns, wenn sich die Schweiz, wie der „Welttagesspiegel“ behauptet, nicht an der Konferenz beteiligt. Die deutsche Note wird sich auf die Annahme der Einladung beschränken und in eine inhaltliche Debatte über den Sitzort nicht eintreten.

Preisrentenfaktion und Reichsregierung.

Zustimmung sämtlicher Ländervertreter.

In der gestrigen Nachmittagsjession der Minister- und Staatspräsidenten der Länder mit der Reichsregierung wurde die Maßnahmen zur Preisrentenfrage beraten. Der Reichsfinanzminister wies auf die zwingende Notwendigkeit einer weiteren Senkung der Preise hin. Die Maßnahmen, die von der Reichsregierung in nächster Zeit noch durchgeführt werden sollen, wurden mitgeteilt und fanden die einstimmige Zustimmung der Staats- und Ministerpräsidenten, die der Reichsregierung ihre unmissbare Unterstützung zusagten. Die Regierungen werden alle Mittel anwenden, um bestehende Mißstände zu beseitigen und die Wirtschaft von dem Druck einer ungelunden und unorganischen Preisbildung zu befreien.

Reichswirtschaftsminister Reuchaus hatte im Reichswirtschaftsrat geltend gemacht, daß die Regierung die Höhe des autonomen Zolltarifs herabsetzen werde, wenn die Wirtschaft das Preisniveau diesen Sätzen ohne weiteres anpaßt. Die Höhe des autonomen Zolltarifs sind dazu bestimmt, im Verhandlungsstadium als Kompensationsobjekt zu dienen und herabgesetzt zu werden. Die Drohung des Reichswirtschaftsministers läßt die Kraft des Widerstandes erraten, dem die Regierung bei ihrer Abwägung begegnet. Wie wir hören, ist das Reichswirtschaftsministerium mit dem Studium der Anteiligegebungen des Auslandes beschäftigt, um zur gegebenen Zeit auch in Deutschland die Anteiligegebungen zu beschaffen, wenn ihre zeitige Einwirkung verweigert werden sollte. Aus demselben Grunde wird dem Reichswirtschaftsministerium ein Gesetzentwurf über die Offenbarungspflicht bei Verhandlungen zu öffentlichen Verhandlungen vorbereitet. Die Nachmittagsjession wurde durch ein Referat des Reichsaussenministers eingeleitet. Außerdem waren das Reichsernährungsministerium und das Reichswirtschaftsministerium vertreten.

Wie wir weiter hören, will die Reichsregierung sich bei ihren Bemühungen um den Abbau der Preise vor allem auf die Preisrentenstützen stützen, die der Gesetzgeber der Länder unterstellen. Daraus wird die Absicht der Regierung klar: dafür zu sorgen, daß sich die Herabsetzung der Umsatzsteuer voll auswirkt. Diesfach ist auf die schwere Belastung des Produktionsprozesses und des Warenverkehrs durch diese Steuer hingewiesen worden, die sich auf jeder Stufe wiederholt. Die Umsatzsteuer wird jetzt von ihrem Höchststand von 25 Prozent bis auf 1 Prozent ermäßigt. Den Förderungen der Wirtschaft ist also zu drei Fünfteln Rechnung getragen. Ergeben hat sich die Herabsetzung der Umsatzsteuer, von der früher eine Gesamtbefreiung des Endproduktes bis zu 20 Prozent im Durchschnitt errechnet worden ist, in den Preisen noch nicht ausgereift.

Vor Ueberreichung der Antwortnote.

„Die neue Politik Europas.“

Der „Tempo“ bringt unter den letzten Nachrichten eine Mitteilung, daß die Ueberreichung der deutschen Antwort noch für heute (Freitag) abend erwartet werde, und daß als Ort der Konferenz Varna oder ein dortiger Ort gewählt worden sei. Die erste Information ist irrig. Wie bereits gemeldet worden ist, wird der deutsche Vorkonferenz Dr. v. Hofsch die Antwort erst am Sonnabend am Quai d'Orsay abgeben. Auch die Wahl Varnas ist noch nicht definitiv fest, wenngleich sie hier für heute noch nicht definitiv ist. Es haben sich an den letzten Tagen wieder starke Einflüsse für Luzern geltend gemacht, das in jeder Hinsicht als Konferenzort besser geeignet wäre als Varna. Ueber die Entscheidung der Reichsregierung schreibt der „Tempo“: „Diese Entscheidung ist ein großer Erfolg für Stresemann. Die Opposition der Deutschnationalen ist vor der energischen Haltung des Außenministers zurückgeworfen, wozu die kräftige Unterstützung des Kanzlers Luther sicherlich beigetragen hat. Welche Argumente des Ministers Söhle den Jörn der Rechte so schnell beschwichtigt haben, ist ein Geheimnis. Wahrscheinlich fürchten die Deutschnationalen eine Krise, die sie selbst aus der Regierung entwerfen, und lassen deshalb geschehen, was sie doch nicht ändern können. Die Verhinderung der nationalen, diese Konferenz würde keine entscheidende Bedeutung haben und sollte nur eine Ministerberatung in großem Umfang vorbereiten, ist nach unserer Ueberzeugung dumm. Die Deutschnationalen wollen durch ein polemisch-konkurrenzerwartung ihren Rückzug verbergen. Sie wissen sehr gut, daß auf der Konferenz die deutschen Minister die gleichen Rechte haben werden, wie die Alliierten, und daß sofort ein Abschluß erfolgen kann, der für alle Beteiligten nur noch durch die Parlamente bestätigt zu werden braucht. Die deutsche Regierung bemüht sich, mit den Parteiführern und dem Ausschuß für auswärtige Politik schon jetzt in allen Einzelheiten einig zu werden, damit sie bei den Verhandlungen keinen Schaden unter den Füssen hat. Diese Bemühung ist natürlich und wird voraussichtlich Erfolg haben. Dann aber genügt die Zustimmung der Alliierten im Reichstag zur Abwendung der Gefahr, welche die Opposition der Rechte bringen kann.“ Diese zutreffenden und für den „Tempo“ recht optimistischen Bemerkungen sind von den letzten Kommentaren dieses Blattes auffallend verschieden. Auch gegen den Schluß läßt sich nichts einwenden. Denn es wird erklärt, daß in der Konferenz (mag sie nun in Luzern oder Varna stattfinden) alle Möglichkeiten einer europäischen Friedenspolitik von den Vertretern der Regierungen erzoogen werden müssen, und daß zu wenigsten der Westpakt auf dieser Konferenz eine Wirklichkeit werden wird. Die neue Politik Europas wird auf dieser Konferenz entschieden werden.

England für eine abschließende Konferenz.

(Telegramm.)

London, 25. September. (W. T. B.) Die Berliner Meldung, daß das Reichskabinett beschloffen hat, die Einladung der Alliierten zu einer Vorkonferenz anzunehmen, hat in hiesigen maßgebenden Kreisen lebhafteste Befriedigung hervorgerufen. Man gibt der Fassung Ausdruck, es werde sich beschleunigen, wenn die Erklärung der Annahme kein Vorbehalt gefügt würde, dem dadurch könnte höchstens eine neue Verzögerung bewirkt werden, was in jeder Hinsicht bedauerlich wäre. Schließlich habe ja jeder Delegierte die Möglichkeit, das, was er vorzutragen wünsche, auf der Konferenz selbst zu sagen. Zu der verschiedentlich ausgesprochenen Vermutung, die Konferenz werde nur vorläufigen Charakter besitzen, und es werde ihr eine Hauptkonferenz folgen, wird erklärt, daß dafür nicht der geringste Anlaß bestehe, und daß dies vom britischen Standpunkt besonders unerwünscht wäre, da britische Minister in diesem Jahre sowieso wiederholt und lange Zeit von England abwesend gewesen seien. Die Juristen hätten bei ihren Londoner Besprechungen gute Arbeit geleistet und eine erhebliche Zahl schwieriger Fragen geregelt. Es sei also nicht einzusehen, warum die Arbeiten der Konferenz seinen abschließenden Charakter haben sollten. Ein solches Ergebnis werde besonders gefordert werden, wenn die verschiedenen Vertreter sich genau an das Verhandlungsthema halten und sich darauf beschränken, zunächst die Frage des Westpaks und anschließend daran die der Schiedsverträge zu erörtern und keine anderen Fragen zu berühren, die damit direkt nichts zu tun haben. Daß die Konferenz insofern nicht abschließend sein werde, als jede etwaige Vereinbarung den Parlamenten der einzelnen Länder vorgelegt werden müsse, verheße sich von selbst. (Siehe auch Seite 2.)

Benešs gute Miene.

Das Schiedsangebot an Deutschland nach der Niederlage der tschechoslowakischen Außenpolitik.

(Von unserem Korrespondenten.)

Prag, 25. September.

Die Anregung der Tschechoslowakei in Berlin, Verhandlungen über einen Schiedsvertrag der beiden Staaten einzuleiten, hat selbstverständlich die üblichen offiziellen Reaktionen der Freude und des gegenseitigen besten Willens zur Folge gehabt. Aber auch die Weltgenossen müssen sich Rechenschaft darüber geben, wie es zu der tschechischen Weisung nach Berlin gekommen ist, und es kann nur natürlich sein, sich darüber klar zu sein, daß die tschechische Einladung keineswegs aus einer beabsichtigten und geförderten Entwicklung hervorgegangen ist, keineswegs in der Linie der bisherigen tschechoslowakischen Außenpolitik liegt, sondern daß diese Linie seit dem Besuch des Gelandens Krofta bei Stresemann eine scharfe Wendung erfahren hat. Dr. Beneš hat an jenem Tage nicht einen Erfolg geahnt, sondern die unerwartlichsten Konsequenzen der Niederlage seiner politischen Konspirationen gezogen. Er wird, wenn er in einigen Tagen vor das Parlament treten wird, immerhin einige Miße haben, seine Entschlüsse zu verbergen.

Vor allem erweist die deutsche Opposition in der Tschechoslowakei eine Genugtuung. Seit Jahr und Tag haben die tschechischen Politiker die französische Linie des Außenministers Beneš bekämpft, die die Tschechoslowakei zu einer europäischen Kolonie Frankreichs begnadigt hat. Die deutsche Parlamentsgruppe, insbesondere ihr außenpolitischer Spezialist, der Prager Universitätsprofessor Ruffa, ist nicht müde geworden, darauf hinzuweisen, daß die Opfer, die die Tschechoslowakei als Schlepptierin Frankreichs bringe, vergeblich seien und die erwarteten Gegenstände ausbleiben müßten. Die tschechischen Politiker haben immer wieder betont, wie farsichtig es sei zu glauben, daß selbst das Deutschland des Versailler Vertrages darand aus der Weltpolitik ausgeschlossen werden könne; die Erhaltung des Friedens, dem die Sehnsucht aller Völker gelte, werde zwingend zu einer annehmbaren Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland führen. Dann werde Frankreich freilich aus höheren Rücksichten den kleinen Bundesgenossen beiseitegehen müssen, übrigeblieben werde aber das frostige Verhältnis zu Deutschland, das durch den maßlosen Deutschenhaderinneren Politik noch verstärkt werde. Es sei verfehlt, alles auf die Karte Frankreich zu setzen, die in Zukunft hinzugebe, daß die Welt sich ewig in Siegerkranz und Besagte scheitern werde, und daß die Tschechoslowakei in den Hoffalten der Genette lieber sei wie in Abraham's Schoß. Die deutschen Kritiker haben aber auf positive Vorschläge gedrückt. Sie haben auf die Schweiz hingewiesen, sie haben gefordert, daß auf jedes Antragspiel, auf jedes Patronatsverhältnis verzichtet und die absolute Neutralität der Tschechoslowakei verhandelt werde; allerdings hätte eine solche Politik den Verzicht auf Großmachtgehen, das Falllassen großzügiger Ambitionen und insbesondere die Beendigung des nationalen Haders im Innern zur Voraussetzung gehabt.

Jahr und Tag hindurch sind diese Ideen tauben Ohren gepredigt worden. Die offiziellen Faktoren haben die deutschen Stimmen hochmütig überhört, die tschechische Preisfertigkeit hat die deutschen Warnungen mit Kübeln von Spott überflutet. Dr. Beneš hat die Welt nach seinen Plänen stimmen wollen. Wie nahe glaubte er sich seinem Ziel, als er vor mehr als Jahresfrist dem Völkerbund das Genfer Protokoll präsentierte! Das Protokoll wäre die Krönung seiner Politik gewesen, es hätte das Europa des Versailler Vertrags verewigt und, was dem Tschechoslowaken Beneš das Wichtigste sein mußte, der Moldanrepublik einen Freibrief ausgestellt, nach Belieben und Willkür im Innern schalten und walten zu können, ohne außenpolitische Kompensationen befürchten zu müssen. Man erinnert sich, daß Dr. Beneš wie von einem Schlag getroffen aufstah, als das Genfer Protokoll durch das Sicherheitsangebot Deutschlands dem ersten Stoß empfangen hatte, daß er sofort die Idee des Ostpaks in die Diskussion warf und seine Wünsche, um durch diese Sonderpläne das Zusammenkommen des Sicherheitsabkommens zwischen Deutschland und Frankreich zu verhindern. Noch zu Offen dieses Jahres ist er ganz plötzlich nach Paris geeilt, wobei er sogar den Affront nicht scheute, daß sich Briand vor dem letzten Besucher verweigern ließ. Heute blickt er auf die Trimmer seiner „Konzeptionen“, wie er geliebt seine Weltrezepte zu nennen pflegte. Die deutsche Opposition braucht übrigens nicht umständlich zu beweisen, daß die Peripherie eingetreten ist, die sie in ihrer Kritik vorausgesehen hat. Das bestätigen vielmehr auch Stimmen aus dem tschechischen Lager selbst, wo Dr. Beneš ein Schoß von Feinden sitzen hat. Sie sprechen unverbämmt von